

# «Das neue Gebäude ist höchst unökologisch»

FDP-Grossrat Mark Eichner steht dem Neubau des Amts für Umwelt und Energie (AUE) kritisch gegenüber

Von Martin Regenass

**BaZ:** Mark Eichner, der Grosse Rat hat für einen Neubau des AUE an der Spiegelgasse 16 Millionen Franken gesprochen. Ergreift die FDP wie angekündigt nun das Referendum und weshalb?



**Mark Eichner:** Ja, wir werden das Referendum – voraussichtlich mit weiteren Partnern – ergreifen. Wir meinen, dass die Verlegung des AUE von der Hochbergerstrasse in die Innenstadt nicht zwingend notwendig ist. Zudem ist der Preis inklusive Landkauf von 20 Millionen Franken für rund 1200 Quadratmeter Bürofläche viel zu hoch.

**Das AUE rechtfertigt den Standort Innenstadt mit einem «grossen» Publikumsaufkommen. Ist dem wirklich so?**

Natürlich besteht eine gewisse Nachfrage nach Dienstleistungen. Aber ein Teil der Kunden, vornehmlich aus der Baubranche, kommt mit dem Auto. Für sie ist die Hochbergerstrasse geeigneter als die Innenstadt, weil es dort direkt vor dem Haus Parkplätze hat. Zudem ist die Hochbergerstrasse nicht Himmelstriebe. Man kann mit dem 8er fast vors Haus fahren.

**Regierungsrat Christoph Brutschin drohte in der Ratsdebatte, dass, wenn der Holzbau an der Spiegelgasse nicht realisiert werde, an der Hochbergerstrasse trotzdem Sanierungskosten von mehreren Millionen anfielen. Es herrsche dort ein Investitionsstau. Lassen**

die Behörden ihre Liegenschaften absichtlich verlottern, um dann solche Prestigebauten realisieren zu können?

Das möchte ich niemandem unterstellen. Wir kritisieren einfach, dass mit der Projektausarbeitung für einen neuen AUE-Standort Alternativen nicht ernsthaft geprüft worden sind. Die 800 000 Franken sind einzig ausgegeben worden, um den Neubau an der Spiegelgasse zu präsentieren. Eine Sanierung der Hochbergerstrasse wurde nicht geprüft. Zudem ist der Neubau raummässig nicht effizient aufgeteilt. Es müssten mindestens 90 Arbeitsplätze entstehen anstatt der geplanten 70, und ein weiteres Amt müsste im Neubau Platz finden. Sagt das Volk Nein zum vorliegenden Projekt, kann man solche Szenarien überprüfen.

**Sie kritisieren das geplante Raumkonzept des Neubaus. Weshalb ist dieses nicht ökologisch?**

Ökologisch baut, wer wenig Raum verbraucht! Das Raumkonzept ist nicht originell. Moderne Arbeitgeber wie Roche oder PricewaterhouseCoopers haben weniger Arbeitsplätze als Vollzeitstellen, da alle Mitarbeitenden einmal krank, in den Ferien, auf Weiterbildung oder im Militär sind. Niemand belegt zu 100 Prozent seinen Arbeitsplatz. Man könnte im Neubau mindestens 90 Arbeitsplätze einrichten, und diese könnten auf etwa 100 Vollzeitstellen aufgeteilt werden. Unterkommen sollen im Neubau aber nur 70 Mitarbeiter, die sich rund 50 Vollzeitstellen teilen. Sie brauchen also doppelt so viel



**Mitten in der Stadt.** Die beiden neueren Häuser neben der ehemaligen Börse an der Spiegelgasse sollen für das neue AUE abgerissen werden. Foto Nicole Pont

Platz wie nötig. Das ist höchst unökologisch und man kann nicht von einem «Leuchtturmprojekt» reden. Bei einer Investitionssumme von rund 20 Millionen Franken kostet bei einer realistischen Rendite von rund vier Prozent der Neubau 800 000 Franken «Miete» pro Jahr. Bei rund 1200 Quadratmetern Nutzfläche entspricht das über 650 Franken pro Jahr und Quadratmeter; das ist einfach nicht refinanzierbar. Selbst an Toplagen in Basel hat man tiefere

Preise. Es geht auch nicht an, dass diese teure Fläche dann noch als Archiv- und Ablagefläche für Dokumente gebraucht wird.

**Vorgesehen ist auch eine Fassade mit Solarzellen, um das Gebäude zu beleuchten und zu heizen. Weshalb ist die FDP gegen einen solchen gebäudetechnischen Meilenstein, mit dem sich pro Jahr 50 000 Franken Energiekosten sparen lassen?**

Wir sind nicht gegen dieses vorbildliche Energiekonzept. Wir wollen auch

nicht an der Fassade herumkritisieren. Sie wäre an sich gerechtfertigt. Aber diese «Leuchtturmelemente» wie die solare Fassade machen mit 1,2 Millionen Franken einen Bruchteil der Gesamtkosten von 20 Millionen aus. Diese sind unvernünftig und die Verdichtung ist zu gering. Es leuchtet einfach nicht ein, wieso ein millionenschwerer Neubau realisiert werden muss. Man könnte die bestehenden Gebäude ebenso sanieren. In der Grossratsdebatte sind sie schlechtergeredet worden.

**Zu reden geben auch die Parkmöglichkeiten. Das AUE hat offenbar elf Autos, die irgendwo eingemietet werden müssen. Muss die Flotte verkleinert werden?**

Dass das Amt Parkplätze dazumieten muss, zeigt, dass der Standort in der Innenstadt falsch ist. Ob die Flotte zu gross ist, kann ich nicht beurteilen. Dies zu überprüfen, ist Sache der operativen Leitung.

**Wie viel dürfte nach Meinung der FDP ein Umbau der Liegenschaften an dieser Lage für das AUE kosten?**

Entscheidend für Investitionen ist doch, dass sie marktfähig sind. Das gilt auch für Bürogebäude der Verwaltung. Wir gehen davon aus, dass man die bestehenden Gebäude für rund fünf Millionen Franken marktreif renovieren kann. Inklusive Landerwerb käme man auf eine Investition von rund zehn Millionen. Das vorgelegte Projekt ist aber doppelt so teuer. Es hat zwar im Grossen Rat eine Mehrheit gefunden, dass es aber beim Volk durchkommt, daran zweifle ich.

## Stadt-Erle bietet 32 Wohnungen mit offenen Laubengängen

Das Neubauprojekt einer Genossenschaft auf der Erlenmatt ist schon zu einem grossen Teil vermietet

Von Urs Rist

**Basel.** Die Durchmischung verschiedener Nutzer und Wohnformen ist ein Ziel des Projekts Stadt-Erle. Und die «Partizipation der Interessenten am Planungsprozess und weiteren genossenschaftlichen Aktivitäten ist uns wichtig», sagt Judith Cann vom Vorstand der Wohngenossenschaft Zimmerfrei. Diese hat für das Neubauprojekt am Goldbachweg 8 auf dem Areal Erlenmatt Ost Ende 2015 das Baugesuch eingereicht; es liegt nun beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat auf. Die Stadt-Erle belegt ein Baufeld im Bereich des von der Stiftung Habitat erworbenen Areals. In einer ersten Vermietungsrunde konnten 23 der 32 Wohnungen fix vermietet werden, erklärt Judith Cann; das entspricht einem Anteil von 72 Prozent. Der abgewinkelte Bau mit sechs Geschossen soll rund 90 Personen Wohnraum bieten.

Denn bei allen Wohnungen gilt das Prinzip, dass sie von mindestens so vielen Personen bewohnt werden müssen, wie es der Zimmerzahl minus eins entspricht. Eine 3,5-Zimmer-Wohnung muss also mindestens zwei Personen beherbergen.

Der grösste Teil der Wohnungen (25) hat 2,5 bis 4,5 Zimmer: Die kleinsten umfassen rund 60 Quadratmeter, diejenigen mit 3,5 Zimmern 70 bis 75 Quadratmeter und die neun 4,5-Zimmer-Wohnungen sind 80 bis 90 Quadratmeter gross. Weiter gehören drei Einheiten mit 5,5 Zimmern und 119 Quadratmetern und eine mit 6,5 Zimmern mit 132 Quadratmetern dazu. Im Erdgeschoss gibt es noch eine 1,5-Zimmer-Wohnung.

**Räume für Wohngemeinschaften**

Als Besonderheiten stehen eine 260 Quadratmeter grosse Gemeinschafts-Wohnung mit 12,5 Zimmern und im Dachgeschoss eine Clusterwohnung mit 14 Zimmern und 347 Quadratmetern hervor. Diese Wohnform mit gemeinsamen Aufenthalts-, Koch- und Essräumen und acht privaten Wohneinheiten mit einem bis zwei Zimmern und je eigenem Bad wird als komfortable Wohngemeinschaft bezeichnet, die für Singles, Alleinerziehende,

Paare und auch für ältere Menschen attraktiv sei. Das Cluster muss von mindestens acht Personen bewohnt werden und ist bereits an einen Verein vermietet, der die Verteilung der Räume und die Auswahl der weiteren Bewohner selbst vornimmt.

«Der tiefe Flächenverbrauch pro Person führt zu vergleichsweise geringen Wohnungsgrössen, wodurch die Mietkosten merklich gesenkt werden», steht auf der Website. Die Mietpreise werden auf Basis der Kostenmiete berechnet und beruhen noch auf Schätzungen. 2,5-Zimmer-Wohnungen kosten zwischen 1370 und 1490 Franken brutto, 3,5-Zimmer-Wohnungen zwischen 1632 und 1848 Franken, 4,5-Zimmer-Wohnungen zwischen 1900 und 2200 Franken. Die Mieter müssen sich aber auch mit Anteilscheinen in die Genossenschaft einkaufen, die 350 Franken pro Quadratmeter kosten und beim Auszug zurückerstattet werden.

Die Anteilscheine bilden den wesentlichen Anteil des Eigenkapitals der Genossenschaft. Diese Eigenmittel benötigt die Genossenschaft, um einen Kredit für die Baukosten von geschätzten 14 Millionen Franken aufnehmen zu können.

**Hausallmend mit Dachterrasse**

Das Zusammenleben soll auch durch eine bauliche Besonderheit gefördert werden: Auf der Hofseite des Hauses entstehen offene Laubengänge, die als Begegnungsraum dienen, sagt Architekt Stefan Oehy von Buchner Bründler Architekten. Die Gänge gehören ebenso wie der gemeinschaftliche Eingangsbereich und die Dachterrasse zur Hausallmend. In jedem Geschoss steht noch ein separates Zimmer zur Verfügung. Die Wohnungen werden über drei offene, aber gedeckte Treppenhäuser und einen Lift erschlossen. Im Untergeschoss sind 60 gedeckte Veloabstellplätze vorgesehen, zudem gibt es einen Zugang zur Autoeinstellhalle, die auch anderen Bauten dient.

Im kommenden Sommer findet eine weitere Vermietungsrunde statt, Anmeldungen sind aber möglich. Die Genossenschaft hofft, dass die Stadt-Erle Ende 2017 bezogen werden kann. [www.zimmerfreibasell.ch](http://www.zimmerfreibasell.ch)

## Mit Laserstrahl Auge verletzt

Strafgericht verurteilt 73-Jährigen wegen einfacher Körperverletzung

Von Martin Regenass

**Basel.** Der 73-jährige Angeklagte will nicht gewusst haben, dass Strahlen von Laserpointern zu Schäden in den Augen führen könnten. Vor dem Strafgericht erzählte er gestern: «Ich fiel aus allen Wolken, als ich im Materialprüfungsbericht las, wie stark dieser Laserpointer ist.» Mit seinem Gerät der Laserklasse 3B hat der Rentner an der Unteren Rheingasse von seinem Balkon aus in mindestens einem Fall auf Leute gezielt, die sich am Rheinbord vergnügten. «Es war abends immer wieder laut, Leute dealten, hörten Musik und tranken Alkohol. Ich versuchte sie mit militärischem Tonfall zu beruhigen, doch das nützte nichts.» Dann habe er zum Laserpointer gegriffen und gehofft, die Leute damit zur Raison zu bringen.

Laut der Anklageschrift traf der Rentner mit dem Laserstrahl Mitte Juni 2014 einen Mann ins Auge, der sich mit Freunden am Rheinbord aufhielt. Dieser sah gemäss eigenen Angaben nach der Laserattacke während ein paar Stunden schwarze Punkte. Zudem habe er seither Probleme, wenn er vom Dunkeln ins Helle gehe. Und ein abgeklungenes Schielen habe sich wieder verstärkt. Allerdings: ein ärztliches Zeugnis hat der Betroffene nicht eingeholt.

Er rief an jenem Abend aber die Polizei herbei, die auf den Balkon und den Rentner aufmerksam wurde.

Der Angeklagte gab vor Gericht zu, dass er an jenem Abend mit dem Laserpointer auf dem Balkon herumgefuchelt hatte. Der Gerichtspräsident René Ernst (SP) verurteilte ihn für diese Tat denn auch wegen versuchter einfacher Körperverletzung an mehreren Personen. Der Rentner erhielt eine Strafe von 90 Tagessätzen à 100 Franken. Dies bedingt und verbunden mit einer Probezeit von zwei Jahren.

**Freispruch in zweitem Fall**

Nicht belangt wurde der Mann für einen weiteren Fall im Mai 2014. Damals, so die Anklage, habe der Beschuldigte zwischen 21 und 24 Uhr mit einem Laserstrahl auf mehrere Personen gezielt. Mit diesem Verhalten habe der Beschuldigte in Kauf genommen, den Personen bleibende Augenverletzungen zuzufügen. Er habe auf die Distanz von rund 30 Metern zu keinem Zeitpunkt kontrollieren oder ausschliessen können, dass nicht das Auge einer Person getroffen werde.

Der Rentner konnte sich nicht mehr erinnern, ob er am besagten Abend überhaupt zu Hause war. «Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlich-

keit aber schon», sagte Richter Ernst, denn die Polizei sei davon ausgegangen, dass die Strahlen von seinem Balkon gekommen sein müssten. Verletzt wurde an jenem Abend niemand. Der Rentner wurde in diesem Punkt freigesprochen. Er bestritt auch, für weitere Fälle von geblendeten Piloten, Tramchauffeuren oder Rollerfahrern verantwortlich zu sein. «Es war nicht nur ich, der mit einem Laserpointer herumzündete. Es war fast schon ein Sport unter den Leuten.»

Dass er nicht gewusst haben wollte, wie gefährlich Laserpointer sein können, glaubte der Gerichtspräsident dem Angeklagten nicht. Obschon: auf dem Laserpointer, den er auf der Strasse bei der Spanischen Treppe in Rom gekauft hatte, war offenbar kein Warnhinweis aufgedruckt. «Sie sind aber ein gebildeter Mann und man muss davon ausgehen, dass Sie wussten, dass Laserstrahlen nicht harmlos sind und bleibende Augenschäden anrichten können.» Der Rentner habe denn auch klar vorsätzlich gehandelt und in Kauf genommen, dass Leute verletzt werden könnten, zumal er auf Oberkörper und Kopf der Leute gezielt habe. Der Rentner entschuldigte sich bei den Leuten mit einem Brief, aus dem er vorlas. «Ich hoffe, die Betroffenen können mir verzeihen.»

## Nachrichten

### Studieninformationstag der Uni gut besucht

**Basel.** Rund 3900 Maturandinnen und Maturanden aus der ganzen Schweiz und dem grenznahen Ausland haben sich am gestrigen Infotag an der Universität Basel aus erster Hand über die vielfältigen Studienangebote informiert. An zwei Infomärkten im Kollegienhaus sowie im Bio- und Pharmazentrum erhielten die Jugendlichen einen Überblick über das Studienangebot, sie konnten sich gezielt über das von ihnen ins Auge gefasste Studium informieren und sich mit Dozierenden und Studierenden austauschen. Die Fakultäten und Fachbereiche boten zudem ab 10.15 Uhr Eröffnungsvorträge an. Die Studieninteressierten konnten danach auf individuellen Wahlprogrammen die

Universität erkunden, sei es an Vorlesungen, Führungen, Demonstrationen, Standbesichtigungen oder Gesprächsrunden. Interessierte aus der Westschweiz und aus dem Tessin wurden an einer separaten Anlaufstelle begrüsst und wurden auf Wunsch von Studierenden, die den Weg aus diesen Regionen nach Basel bereits gefunden haben, durch den Tag begleitet. Der Infotag fand bereits zum 16. Mal statt.

### Wahl von Ständerätin Anita Fetz validiert

**Basel.** Nahezu kommentarlos wurde vom Grossen Rat die Wiederwahl von Ständerätin Anita Fetz im letzten Oktober validiert. Dies zu tun fällt dem Kantonsparlament zu, weil die Ständeratswahl eine kantonale Angelegenheit ist.

### Neuer Abteilungsleiter für Publikumsdienste

**Riehen.** Der Gemeinderat hat Patrick Breitenstein zum Abteilungsleiter Publikums- und Behördendienste auf der Gemeindeverwaltung von Riehen berufen. Er tritt am 1. Juli 2016 die Nachfolge von Urs Denzler an; dieser übernimmt dann seine neue Funktion als Generalsekretär des Gemeinderats. Patrick Breitenstein ist 36-jährig und wohnt mit seiner Frau in Reinach. Er verfügt über einen Master of Business Administration (MBA) sowie über ein Nachdiplomstudium als Executive Master of Business Administration (Emba). Er wird rund 20 Mitarbeitende führen, die in den Bereichen Publikumsdienste, Öffentlichkeitsarbeit und Sicherheit tätig sind.